

Liebe Politiker, hört endlich auf, bei der Altersvorsorge herumzueiern!



Wir müssen länger arbeiten. Punkt. Die Menschen können von dieser Notwendigkeit überzeugt werden. Das grösste Hindernis ist die berechtigte Angst, die Stelle zu verlieren und als Sozialfall zu enden, schreibt Markus Städeli

Diese Woche ist ganz im Zeichen der Altersvorsorge gestanden. Erst haben der Arbeitgeberverband und die Gewerkschaften gemeinsam Ideen zur Reform der beruflichen Vorsorge präsentiert. Und - als wäre dem Bundesrat daran gelegen, uns gänzlich zu verwirren - hat er tags darauf auch noch seine Pläne zur Neuregelung der AHV vorgelegt.

Sagen wir es freundlich: Einige der Punkte sind zwar diskussionswürdig. Aber die Gesamtnote ist trotzdem schlecht, abgrundtief schlecht. Wir konstatieren sogar einen Hang zur Arbeitsverweigerung! Auch nach jahrelangem Lavieren schafft man es in Bundesbern nicht, den Elefanten im Raum zu bezeichnen: dass wir nicht lange genug arbeiten.

Dabei bedürfen die Fakten keinerlei Interpretation. Sie werden von niemandem bestritten. Jeder, der will, kann den Elefanten im Raum sehen: Seit der Einführung der Altersvorsorge ist unsere Lebenserwartung massiv angestiegen, das Rentenalter hingegen nicht. 1948, im Geburtsjahr der AHV, wurde eine frischgebackene Rentnerin 79 Jahre alt. Die Lebenserwartung von Frauen ist seither auf 87 angestiegen. Liebe Politiker: Sagt uns einfach, dass wir später in Rente müssen. Wir verstehen das. Wir brauchen niemanden, der solch glasklare Zusammenhänge demagogisch als Sozialabbau brandmarkt.

Wir Bürgerinnen und Bürger haben ein ausgeprägtes Sensorium dafür, dass man kein Geld verteilen kann, das nicht zuvor verdient worden ist. Haben wir nicht die Volksinitiative «Sechs Wochen Ferien für alle» abgelehnt? Eben. Schenkt uns endlich reinen Wein ein. Die Wahrheit macht frei, selbst in einem Wahljahr. Wenn euch der Mut dazu fehlt, könnt ihr ja das Stimmvolk wech-

seln. Schaut euch in anderen Ländern um. Dort schätzen es Bürger, wenn man ihnen eine heile Welt vorgaukelt, die dummerweise im vergangenen Jahrhundert untergegangen ist. Wir hingegen würden uns als politisch reif bezeichnen. Wir sind intellektuell auf der Höhe, eine einfache Formel zu verstehen, die künftig unser Renteneintrittsalter dynamisch festlegt. Zum Beispiel so: Durchschnittliche Lebenserwartung minus 19 Jahre. Dann wäre das ein für alle Mal geregelt. Derzeit würde diese Formel ein Rentenalter von rund 66,5 Jahren bedeuten.

Aber Achtung: Dass wir es bis anhin abgelehnt haben, länger zu arbeiten, hat Gründe: Der Job ist ein wichtiger Wert in unserem Leben. Nicht die Aussicht darauf, etwas länger beruflich tätig zu bleiben, schreckt uns ab. Nein, es ist die begründete Angst davor, dass uns ein Arbeitgeber vorzeitig aussortieren könnte, und uns dann niemand mehr einstellen will. Dass wir zu Sozialfällen werden, weil Firmen davon ausgehen, dass ältere Mitarbeiter weniger leistungsfähig sind. Das stimmt nicht. Wahr ist aber, dass sie wegen der Lohnnebenkosten teurer sind als ihre jüngeren Kollegen. Deshalb finden wir einen der Vorschläge, der diese Woche vorgestellt worden ist, sehr sinnvoll: Ab dem 45. Altersjahr soll immer der gleiche Lohnabzug für die 2. Säule gelten. Und nicht wie bisher, ab 55 ein besonders hoher Satz.

Ihr habt es auch in der Hand, die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Steigt das Rentenalter, profitieren die Firmen ja, weil die Beitragssätze nicht erhöht werden müssen. Deshalb dürft ihr sie dazu verpflichten, ältere Menschen einzustellen. Bekommen diese die Chance, ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, dann packen sie sie in aller Regel. Es sind vor allem die Personalchefs, die unflexibel sind, nicht die Arbeitssuchenden. Ihr könnt Altersdiskrimi-



Nicht die Aussicht darauf, etwas länger im Job zu verbleiben, schreckt uns ab. Nein, es ist die begründete Angst davor, dass uns ein Arbeitgeber aussortieren könnte, und uns dann niemand mehr einstellen will.

nierung unter Strafe stellen. Oder verbietet, dass auf Lebensläufen der Jahrgang genannt werden muss.

Wirtschaftsfeindlich ist das nicht. Firmen gehen mit der Verpflichtung von älteren Menschen ja kaum Risiken ein. Klappt es nicht, den 62-jährigen Heizungsmonteur oder die 59-jährige Biochemikerin ins Team zu integrieren, können die Firmen sie ja einfach wieder entlassen. Genau dafür haben wir einen flexiblen Arbeitsmarkt: Dass Unternehmen auch dann Menschen einstellen, wenn sie nicht 100 Prozent sicher sind, ob sich die Schaffung einer Stelle rechnet.

Ohnehin gehen in den kommenden Jahren mehr Leute in Pension, als jüngere in den Arbeitsmarkt nachrücken. Deshalb würdet ihr der Wirtschaft sogar einen Gefallen tun, wenn ihr sie zum Umdenken zwingt. Die Firmen werden bald händeringend nach Fachkräften suchen.

Falls es politisch eng wird und ihr Zugeständnisse machen müsst, dann prüft halt die Idee, die der Bundesrat kürzlich lanciert hat: Dass Personen, die kurz vor dem Ruhestand ausgesteuert worden sind, eine existenzsichernde Überbrückungsrente erhalten können bis zur ordentlichen Pensionierung. Und für körperlich anspruchsvolle Berufe könnt ihr Sonderregelungen schaffen. Schliesslich setzen sich ja heute bereits die Bauarbeiter früher zur Ruhe.

Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, können wir gleich loslegen: Ab nächstem Jahr arbeiten Frauen und Männer zwei Monate länger. 2021 geht man dann vier Monate später in Pension, ein Jahr danach sechs Monate - bis das in Abhängigkeit der Lebenserwartung definierte Pensionsalter erreicht ist. Das ist weder eine Zumutung, noch braucht es eine finanzielle Abfederung. Jetzt macht euch an die Arbeit. Sonst schicken wir euch im Herbst in Frühpension!